

Erscheint wöchentlich Freitags.  
Zu beziehen nur durch die Post  
zum Preise von 1,20 Mk., fürs  
Ausland 1,50 Mk. vierteljährlich.

Inserate kosten 30 Pfennig pro  
3gepaltene Petitzeile.  
Bei Wiederholungen entsprechen-  
der Rabatt.

# Sattler- und Portefeuille-Zeitung

Organ zur Wahrnehmung der Interessen aller in der Sattlerei und der gesamten  
Lederverwarendindustrie und deren Nebenbetrieben beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

Nr. 23 .: 27. Jahrgang

Verlag und Redaktion: Berlin SO. 16, Brüden-  
straße 106 .: Telephon: Amt Morichplatz, 2120

Berlin, den 6. Juni 1913

**Inhalt:** Beitragszahlung. — Streiknotizen. — Zum  
Gegenseitigkeitsvertrag. — 11. ordentliche Generalver-  
sammlung der Zentral-Kassendirektion der Sattler, Portefeuille  
und Verlagsvereine Deutschlands. — Streiks und Lohn-  
bewegungen. — Aus unserer Beruf. — Korrespondenzen.  
— Aus Industrie und Handel. — Soziales. — Rundschau.  
— Bekanntmachung des Zentralvorstandes. — Adressen-  
änderungen. — Versammlungskalender. — Anzeigen.

Für die Woche vom 9. bis 14. Juni ist  
der 24. Verbandsbeitrag fällig. Wer länger  
als fünf Wochen mit seinen Beiträgen im  
Rückstande ist, kann keinerlei Unterstützung aus  
der Verbandskasse erhalten.

**Achtung! Kollegen! Achtung!**

Aus Zweckmäßigkeitsgründen sind wir nicht  
in der Lage, alle zurzeit beim Zentralvorstand  
gemeldeten Rohbewegungen an dieser Stelle  
anzuzeigen bzw. vor Zugang zu warnen. Des-  
halb werden die Kollegen in ihrem eigenen  
Interesse ersucht, bei Arbeitsaufnahme in an-  
deren Städten sich zuvor bei der dortigen Orts-  
verwaltung zu erkundigen.

**Apollo.** Die Arbeiter der Autowerke  
„Apollo“ sind ausgesperrt.

**Breslau.** In der Taschen- und Koffer-  
fabrik H. Krause wurde die Arbeit eingestellt.  
Zugang ist fernzuhalten.

**Hannover.** Bei der Wagenfabrik Jacobi  
haben sämtliche Arbeiter die Arbeit eingestellt.  
Zugang ist fernzuhalten.

**Offenbach a. M.** Die Firma Maurer  
ist für Militärsattler gesperrt.

## Zum Gegenseitigkeitsvertrag

Zwischen dem Verband der Tapezierer und unserer  
Organisation schreibt das „Korrespondenzblatt“,  
Organ des Verbandes der Tapezierer u. a.:

„Hauptgrundlag soll sein, daß jeder der beiden  
Verbände für die ihm oben zugesprochenen Betriebe  
und Branchen allein zuständig sein soll. Damit wer-  
den zunächst die Fälle getroffen, wo Mitglieder des  
einen Verbandes in Betrieben arbeiten, für die seit je  
bei andere Verband zuständig ist. Durch eine ge-  
wisse Verwandtschaft beider Berufe, die allerdings  
immer mehr im Schwunden begriffen ist, kommt es  
oft vor, daß Mitglieder des einen oder anderen Ver-  
bandes Arbeit im verwandten Gewerbe suchen und  
für längere Zeit oder dauernd zu der neuen Beschäf-  
tigung übergangen. Sattler wurden Tapezierer und  
Tapezierer fanden Beschäftigung in der Kleinfabrik-  
und Militärfeststoffbranche oder ähnlichen Betrieben.  
Obwohl diese Kollegen nun hinfür ihre Arbeit nach  
keine Verbindung mehr mit dem alten Verband  
hatten und in Bezug auf die Vertretung ihrer ge-  
werbschaftlichen Interessen völlig auf den anderen  
Verband angewiesen waren, unterließ aus Anhäng-  
lichkeit oder sonstigen äußeren Gründen der Über-  
tritt. Dieses Verhältnis, das von beiden Verbänden  
oft als störend empfunden wird, sehen wir sehr oft.  
Damit soll aufgeräumt werden. Da ein Kollege den  
Veruf gewechselt, so hat er sich auch der Organisation  
anzuschließen, die ihrer Bestimmung nach für ihn in

Frage kommt. Der notwendigen Einheitslichkeit muß  
sich hier die Anhänglichkeit an den bisherigen Ver-  
band beugen.

Neben diesen Fällen verlangen aber auch jene  
Fälle, wo sich ausdrücklich zwei Verbände als zur  
Organisierung zuständig erklären, noch eindringlicher  
eine bestimmte Regelung. Wie oben geschildert,  
arbeiten in der Nachstuhl-, Matrassen- und Eisen-  
möbelindustrie viele Sattler neben Tapezierern als  
Polsterer. Soweit es sich um Sattler handelt, sind  
diese in Berlin sogar in einer besonderen Sektion  
dem Sattlerverbande angeschlossen. Für ein und die-  
selbe Arbeit, für dieselben Betriebe sind bisher also  
ausdrücklich zwei verschiedene Organisationen zu-  
ständig. Daß dieser Zustand auf die Dauer unhalt-  
bar ist und mit dem weiteren Entstehen derartiger  
Spezialbetriebe außerhalb Berlins immer unhalt-  
barer wird, liegt auf der Hand. Die Betriebe dieser  
Branchen, die ja auch tatsächlich nur Tapeziererarbeit  
herstellen, sollen unserem Verbande unterstehen.

Im Automobil- und Wagenbau arbeiten, wie  
schon hervorgehoben, gleichfalls oft Mitglieder beider  
Organisationen nebeneinander. In neuerer Zeit,  
die gewisse Änderungen im Geschäftslauf des Autos  
bringt, werden sogar recht häufig Tapezierer, die im  
Kleinfabrikpolstern ausgebildet sind, als Autopolsterer  
eingestellt. Auch in den sich in den letzten Jahren  
ausbreitenden Flugzeugfabriken arbeiten durchweg  
Mitglieder des Sattlerverbandes und unseres Ver-  
bandes ein und dieselbe Arbeit. In diesen Betrieben  
ist eine Vereinheitlichung der Organisation gleich-  
falls notwendig. Die große Konkurrenz der Fa-  
briken untereinander bedroht die Arbeiter mit immer  
intensiverer Ausnutzung der Arbeitskraft. Zudem  
handelt es sich meist um kapitalträchtige Großbetriebe.  
Eine einheitliche Interessensvertretung der in dieser  
Branchen beschäftigten Polsterer, seien es nun Tape-  
zierer oder Sattler, ist notwendig. Im Automobil-  
und Wagenbau kann hierfür aber der ganze Vorrat der  
Arbeit nach, denn das Polstern des Gefährts ist nur  
ein Teil der in Betracht kommenden Arbeit, einzig  
der Sattlerverband in Betracht kommen. Aus dieser  
Erkenntnis heraus haben wir daher den Sattler-  
verband auch hier als allein organisationsberechtigigt  
anerkannt.

Auf unserem Verbandstage fand die Frage der  
Organisierung der Linoleumleger besondere Beach-  
tung. Das Linoleumlegen, das noch vor Jahren fast  
ausschließlich Tapeziererarbeit war, die neben den  
anderen Arbeiten verrichtet werden mußte, ist immer  
mehr Spezialarbeit geworden. Dabei haben sich ge-  
rade in dieser Branche besondere Eigentümlichkeiten  
herausgebildet und ein merkwürdiges Durcheinander  
gebracht. Im Osten Deutschlands, wo noch wenig  
Spezialisierung zu finden ist, ist das Linoleumlegen  
fast nur Arbeit des Malers, der dort auch das Ta-  
petenkleben besorgt. Dieses beschränkt sich hinsicht-  
lich des Linoleumlegens allerdings fast ganz auf den  
Osten. In Mittelstädten, zum Teil selbst in Groß-  
städten, ist wiederum das Legen von Linoleum Do-  
mäne des Kleinfabrikers. Obwohl dem Namen nach  
selbständige Meister, die oft gar in unseren Innun-  
gen das große Wort führen, handelt es sich durchweg  
um Lege, die für Handwerksfirmen, Warenhäuser und  
dergleichen gegen bestimmte Monatsbezüge einig das  
Legen besorgen. Bei größeren Arbeiten helfen sich  
diese „Meister“ gegenseitig aus oder aber sie stellen  
sich und wieder einen Tapeziererergelassen zur Aus-  
hilfe ein. Dieses System des Kleinfabrikers, der  
nicht Geselle sein will und nicht Meister ist, ist sehr  
stark verbreitet. Zum Teil kommen die Innungen

durch Gründung von Linoleumlegergenossenschaften  
diesem System noch entgegen. Daneben wird natür-  
lich noch allortorts sehr viel Linoleum im Rahmen der  
allgemeinen Tapeziererarbeiten verlegt, ist also nicht  
Spezialarbeit.

Als weitere und fortgeschrittenste Form kommt  
dann der große Legebetrieb in Frage. Hand-  
werksfirmen, Fabrikniederlagen oder sonstige größere  
Legemeister lassen die Arbeit durch besondere Lege  
besorgen. Wir zählen zurzeit außerhalb Berlins gut  
400 Spezialleger, die als Lohn- und Akkordarbeiter  
arbeiten. Die Art der Arbeit brachte es mit sich, daß  
nicht nur Tapezierer oder Sattler, sondern auch An-  
gehörige anderer Berufe zu Linoleumlegern ausge-  
bildet wurden. Leider ließ sich nur bei einem Teil  
der Spezialleger der ursprüngliche Beruf feststellen.  
Aber von circa 250 Legeern, für die Feststellungen ge-  
troffen werden konnten, waren 127 Tapezierer,  
15 Sattler und 108 kamen aus anderen Berufen oder  
waren vorher Hilfsarbeiter, Hausdiener usw. Es  
war daher kein Wunder, daß unter den Spezial-  
legern sich auch Mitglieder der verschiedensten Ver-  
bände zusammenfanden.

Seit den letzten Jahren haben wir uns besonders  
bemüht, die Arbeiter dieser Branche, die zum wesent-  
lichen Teil heute noch reine Tapeziererarbeit ist,  
für unseren Verband zu gewinnen, wir stoßen insolge  
der Eigenart der Beschäftigung allerdings auf erheb-  
liche Schwierigkeiten. Trotzdem ist es uns gelungen,  
den größeren Teil der Lege zu organisieren. Unser  
Kampf auf dem Verbandstage ging ja auch dahin,  
daß durch etwaiges Eingreifen des Sattlerverbandes  
sich in dieser kleinen, ohnehin schwer zu bearbeitenden  
Gruppe zwei Organisationen Schwierigkeiten bereiten  
würden. Der Sattlerverband erkennt auch an, daß  
die Organisierung der Linoleumleger Aufgabe un-  
seres Verbandes ist. Nur in Berlin bleibt die schon  
seit Jahren bestehende Sektion der Linoleumleger  
dem Sattlerverbande angeschlossen. Die Gründe  
hierfür wurden bereits auf unserem Verbandstage  
erörtert. In Berlin wurde das Linoleumlegen schon  
sehr früh, viel früher als an anderen Orten eine  
Spezialarbeit. Unsere Kollegen drängten sich damals  
nach dieser Arbeit, hingegen fanden viele Sattler Ge-  
legenheit, sich als Spezialarbeiter auszubilden. Nach  
heute besteht der größte Teil der Berliner Linoleum-  
leger aus ehemaligen Sattlern. Hier galt es gewisse  
historische Rechte zu respektieren, denn der Sattler-  
verband hatte schon seit Jahren diese Kollegen orga-  
nisiert, ohne daß von unserer Seite ein Widerspruch  
erfolgt wäre.

Nach Inkrafttreten des Vertrages sollen die Mit-  
glieder, die in Betrieben arbeiten, für die ihre bis-  
heriger Verband nicht zuständig ist, gehalten sein, spä-  
testens innerhalb drei Monaten zum anderen Ver-  
bande überzutreten. Mitglieder, welche also nur vor-  
übergehend in solchen Betrieben arbeiten, können wei-  
ter ihrer Organisation angehören. Ebenso sollen  
Mitglieder, welche ihrer bisherigen Organisation agi-  
tatorisch oder organisatorisch besonders wertvoll sind,  
mit Zustimmung beider Hauptverbände in ihrem  
bisherigen Verbands verbleiben. Der Übertritt er-  
folgt natürlich in allen Fällen mit den vollen bereits  
erworbenen Rechten.

Wir glauben, daß mit diesem Gegenseitigkeits-  
vertrag die vom Kölner Verbandstag angeforderte  
Regelung der strittigen Grenzfragen eine Lösung ge-  
funden hat, die bei beiderseitig lokaler Auffassung  
des Vertrages die Mitgliedschaft beider Verbände zu-  
friedenstellt. Es war nie Absicht, dem einen Ver-  
bande auf Kosten des anderen Mitglieder zuzuführen

und es wird sich bei der gedachten Regelung auch ein annähernd gleicher Austausch ergeben. Der einzige Grund war, durch eine Vereinfachung der Organisation in den in Frage kommenden Betrieben die Kräfte zu sammeln zum Nutzen der Beschäftigten. Dieses wird der Gegenseitigkeitsvertrag bewirken."

**11. ordentliche Generalversammlung der Zentral-Krankenkasse der Sattler, Portefeuller und Berufsgenossen Deutschlands V.G. (früher E. B. Nr. 84 zu Berlin).**

Die Generalversammlung tagte am 18. Mai und folgende Tage im Gewerblichshause zu Frankfurt. Anwesend waren 45 Delegierte sowie der Zentralvorsitzende, Kollege Giese, und der Zentralassistent, Kollege Schuber. Kollege Giese eröffnete kurz nach 8 Uhr die Generalversammlung und heißt die anwesenden Delegierten herzlich willkommen und spricht ferner den Wunsch aus, daß die Arbeiten zum Wohle der Kasse gereichen mögen. Bei der nunmehrigen Bureauwahl wurden die Kollegen Warhardt und Nommel zu Vorsitzenden und die Kollegen Lehmann, Starke, Müller und Kuchendrodt zu Schriftführern gewählt. Den Vorsitz übernimmt Kollege Warhardt und spricht den Wunsch aus, daß sämtliche Delegierte mit dazu beitragen mögen, daß die Verhandlungen sachlich geführt werden, um dadurch zur schnellen Erledigung zu kommen.

Im Auftrag der Frankfurter Kollegen heißt Kollege Nommel die Delegierten nochmals herzlich willkommen. Die übliche vorliegende Geschäftsordnung wird nach kurzem Meinungsaustausch angenommen. Es werden dann noch die Rechnungs-Kommission und die Mandatsprüfungskommission gewählt. Sodann wird der Vorstandsbericht entgegengenommen, welcher gedruckt vorliegt, aber vom Kollegen Giese noch erläutert wird. Die Kasse hat in der verflochtenen Periode in Hinsicht auf die Wirtschaftsbewegung sowie Finanzlage gut gearbeitet. Neuaufnahmen waren 1858 zu verzeichnen, so daß am Schluß des Jahres 1912 4618 Mitglieder vorhanden waren. Neue Verwaltungsratsstellen wurden zehn gegründet, eingegangen sind zwei, blieben ungenutzt 66. Dem Bericht des Kassierers ist zu entnehmen, daß die Krankheitsfälle der Mitglieder prozentual gefallen sind und somit der Heberisch der Kasse stetigen ist. Das gesamte Vermögen wuchs von 78.574,66 Mk. auf 123.356,56 Mk. Dem Gesamtbildbericht schloß sich nur eine kurze Debatte an.

Die Redner waren mit der Tätigkeit des Vorstandes einverstanden, abgesehen von kleinen neben-sächlichen Angelegenheiten.

Den Ausschlußbericht, welcher nur kurz war, gab Kollege Jenner. Direkte Beschwerden lagen nicht vor.

Bei der nunmehrigen Statutenberatung begründet der Zentralvorsitzende den Antrag der Umwandlung der Kasse in eine Zusatzklasse. Er führt dazu aus, daß Vorstand und Ausschluß einstimmig zu diesem Entschluß gekommen sind, einerseits, um sich der neuen Reichsversicherungsordnung anzupassen und andererseits, weil die Zahl der einfachen Versicherten von Quartal zu Quartal sinkt. Am Schluß des Jahres 1910 waren noch 597 und am Schluß des vorigen Jahres nur noch 402 einfach versicherte Mitglieder vorhanden, hiervon die Hälfte Nichtversicherungspflichtige. Daß ein kleiner Teil der Mitglieder gesund bleibt, läßt sich nicht umgehen, er hofft, daß die Delegierten dem Grundgedanken des vorliegenden Entwurfs einmütig zustimmen und wir auch nach der Umwandlung zum Besten der Mitglieder arbeiten können. An der nunmehr folgenden Debatte beteiligten sich die Delegierten sämtlicher Wahlabteilungen und sind der Meinung, daß der vorgeschlagene Weg der gangbarste ist. Im weiteren wird noch darauf hingewiesen, daß die Kasse nicht mehr das Recht hat, um Zulassung als Erbfasse einzutreten, da nach dem 1. April 1909 der Kreis der Versicherten erweitert ist, was gegen § 508 der Reichsversicherungsordnung verstößt. In der darauffolgenden Abstimmung über den Antrag betreffs Umwandlung wird selbiger mit allen 45 Stimmen angenommen.

Darauf wird in die Beratung des vorliegenden Entwurfs, sowie der dazu gestellten Anträge (149), eingetreten, welcher auch mit einigen kleinen Änderungen angenommen wird. Wir wollen nur darauf verweisen, daß das aufnahmefähige Alter bei 45 Jahren belassen wurde.

Eine längere Debatte entspann sich noch über die Klassenzahl sowie Beiträge und Leistungen. Jedoch wurde auch hier das Alte beibehalten und stellt sich folgende Verhältnisse:

- 1. Klasse, 65 Pf. Beitrag, erhält täglich 2,81% Marx, wöchentlich 16,90 Mk.
- 2. Klasse, 55 Pf. Beitrag, erhält täglich 2,38% Marx, wöchentlich 14,30 Mk.
- 3. Klasse, 50 Pf. Beitrag, erhält täglich 2,16% Marx, wöchentlich 13 Mk.

Verschiedene Anträge lagen vor, die Ertragneuer zu befreieren, eine Entlohnung, dafür Ertrag zu schaffen, wurde nicht erzielt; da der Ausfall der Kasse einen Schaden von rund 4000 Mk. zufügen würde, blieb es auch hier beim Alten.

Eine Änderung wurde bei der Wahl der Delegierten vorgenommen, es soll in Zukunft heißen: 200 Mitglieder wählen einen Abgeordneten usw., sobald die Zahl 150 beträgt ist ein weiterer Abgeordneter zu wählen.

Beim 5. Punkt der Tagesordnung wurde festgesetzt: das Gehalt des Vorsitzenden beträgt 2200 Mk., steigend jährlich um 100 Mk. bis 2500 Mk. Die Mitgliedsbeitrag beträgt jährlich 180 Mk.

Die Beiträge zur Krankenkasse, Zusatzversicherungen und für den Verein Arbeitervereine trägt die Kasse; einen diesbezüglichen Vertrag auszuarbeiten, wurde dem Ausschussrat aufgegeben.

Das Gehalt des Kassierers bleibt wie bisher 600 Mk. jährlich. Die Entschädigung des Schriftführers wird gleichfalls auf 50 Mk. belassen; entgegen der bisherigen Praxis wird angenommen, dem Vorsitzenden, dem Kassierer und dem Schriftführer die üblichen Sitzungsgelder zu gewähren, welche 1 Mk. betragen, ausschließlich der Aufstellung der Jahresabrechnung, wofür 1,50 Mk. festgesetzt wird.

Gewählt wurde fast einstimmig der bisherige Vorstand und Ausschluß, und fungieren demgemäß als 1. Vorsitzender H. Giese, als 2. Vorsitzender A. Töbner, als 1. Kassierer E. Schuber, als dessen Stellvertreter A. Starke, als Richter A. Silber, A. Teichmann und A. Lehmann. Der Ausschussrat setzt sich zusammen aus den Kollegen V. Jenner, P. Klum, G. Sauer, W. Meding und A. Müller. Als Ort der nächsten Tagung wird Hamburg bestimmt. Einmütige Annahme fand ein Antrag, welcher besagt: Bei Austritt des neuen Statuts ist es jedem Mitglied ohne Altersgrenze innerhalb vier Wochen gestattet, in eine andere Klasse einzutreten."

Mit einem Dankwort an die Delegierten für die Mitarbeit, an das Bureau für die unparteiische Leitung und an die Frankfurter Kollegen für den bereitwilligen Empfang sowie dem Wunsch, daß die geleistete Arbeit zum Nutzen der Kasse und deren Mitglieder beitragen möge, wurde die Generalversammlung vom Kollegen Giese geschlossen mit einem dreifachen Hoch auf die Kasse, in welches die Delegierten lebhaft eintraten.

**Striks und Lohnbewegungen.**

Die Tarifbewegung für die Nürnberger Portefeuller-Industrie erfolgt beachtenswert. Bis vor acht Jahren waren die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Portefeullerarbeiter und -arbeiterinnen äußerst mangelhaft. Bei der damaligen Lohnbewegung galt es vor allem, die oftmals verkommene 60stündige Arbeitszeit durch eine 54stündige zu ersetzen, als wie auch die Höhe um mehr als 5 Mk. pro Woche und Arbeiter zu erhöhen und die Affordlöhne zu regulieren. Dank der mühseligen Organisationsverhältnisse in Verbindung mit der eingeschlagenen Taktik konnte durchweg ein voller Erfolg erzielt werden. Die Fabrikanten organisierten sich daraufhin und war es infolge der unangünstigen Arbeitsbedingungen bei den zwei späteren Bewegungen nicht möglich, gleich große Fortschritte zu erzielen. Insbesondere sind die Fabrikanten nicht gewillt, eine weitere Verringerung der Arbeitszeit eintreten zu lassen. Sie verhängen sich hinter den Beschluß der mittelkräftigen Unternehmerorganisation für das Kartonnagen- und Portefeullergewerbe, welcher es ihnen verbietet, eine längere Arbeitszeit tariflich festzulegen. Der diesmalige Tarifablauf fällt in eine wirtschaftliche Krise, wie sie in der Nürnberger Portefeuller-Industrie seit 15 Jahren nicht zu verzeichnen war. Fast alle Arbeiter sind seit Monaten nur 5 Tage in der Woche beschäftigt, ein großer Teil jetzt schon wochenlang aus und ein erheblicher Prozentsatz ist arbeitslos. Trotz alledem kündigte die Kollegenschaft den Tarif, um für die Arbeiterinnen und Affordarbeiter jodel wie möglich herauszuschlagen. Am 29. Mai fanden die Tarifverhandlungen unter dem Vorsitz der Deuren Syndikus Schloßmacher und Weinschid-Berlin statt. Neben sämtlichen Fabrikanten und Werkstattrauensleuten nahm auch Herr Kommerzienrat Rosenfelder-Fürth, als Vertreter des Arbeitgeberverbandes für die Papier-, Kartonnagen- und Portefeuller-Industrie für Mittelfranken, daran teil. Wenn auch in bezug auf Arbeitszeitverlängerung nichts erreicht wurde, so fand doch eine Verminderung im Verträge Aufnahme, wonach die Fabrikanten verpflichtet sind, beim Arbeitgeberverband zu beantragen, daß sie von dem Beschluß bezüglich der Arbeitszeit entbunden werden. Herr Schloßmacher soll mit Rücksicht auf die übrigen Tariforte für diesen Dispens eintreten und zu diesen Verhandlungen herangezogen werden. Es soll dann im Jahre 1915 die 53stündige Arbeitszeit eingeführt und den Arbeitern ein Lohnausgleich gewährt werden. Die Mindestlöhne wurden um 1 Mk. pro Woche erhöht. Alle Arbeiterinnen auf Zeitlohn erhalten am

1. September d. J. eine Lohnerhöhung von 2 Pf. pro Stunde, ebenso am 1. März 1915. Tascheln erhalten alle Zeitlohnarbeiter mit einem Verdienst bis zu 30 Mk. Nur die im Laufe des ersten Semesters 1913 bereits gewährte Lohnzulage soll mit berechnet werden, doch kommen dafür sehr wenige Personen in Betracht. Die zweite Lohnerhöhung im März 1915 wird unterchiedlos allen auf Zeitlohn Beschäftigten gezahlt. Zeitlohnarbeiter und -arbeiterinnen erhalten die auf die Wochentage fallenden gesetzlichen Feiertage zur Hälfte bezahlt, wofüringegen Affordarbeiter und -arbeiterinnen 2,50 Mk. bzw. 1,25 Pf. dafür vergütet bekommen, sofern sie mindestens drei Jahre im Betriebe beschäftigt sind und das sind fast alle. Sonntags muß spätestens um 1 Uhr Wochenschluß sein, den Tag vor Weihnachten spätestens um 4 Uhr, ohne Lohnabzug. Die Feiertagsmühen wegen Kontrollversammlungen usw. werden vergütet. Für Heberstunden werden 25 Proz., für Nacht- und Sonntagarbeit 33 1/2 Proz. Zuschlag gewährt. Affordarbeiter erhalten eine Vergütung von 15 bzw. 12 Pf., Affordarbeiterinnen 10 bzw. 8 Pf. pro Stunde Extravergrütung. Warten auf Zuschnitt wird nach dem Durchschnittsverdienst bezahlt, sofern es länger als eine halbe Stunde dauert. Kleine Kosten werden auf Zeitlohn angefertigt, die Entschädigung für Vorausfertigmachen von Fall zu Fall vereinbart. Affordarbeiter und -arbeiterinnen, die vorübergehend auf Zeitlohn beschäftigt werden, erhalten ihren Durchschnittsverdienst. Im übrigen gelten die Bestimmungen des Tarifs für die Lederwarenindustrie und hat eine Schlichtungskommission deren Einhaltung zu überwachen. Die Fabrikanten wollten einen dreijährigen Tarif, was die Arbeitervertreter aus nachliegenden Gründen energig ablehnten. Herr Schloßmacher erklärte diese Angelegenheit zu einer Präzedenzfrage, wobei es fast zum Abbruch der Verhandlungen kam. Schließlich einigte man sich auf einen fünfjährigen Tarif, wobei die Fabrikanten das Versprechen abgaben, ebenso wie in früheren Jahren etwaige Wünsche der Arbeiter nach Möglichkeit zu berücksichtigen und in die Tar unzugewen. Die Vertrauensleute bestätigten, daß die Fabrikanten in diesem Sinne bisher gehandelt haben, wodurch es ermöglicht wurde, daß die Schlichtungskommission während der vergangenen Tarifperiode nicht ein einziges Mal zusammenzutreten brauchte.

Am selben Abend fand eine sehr gut besuchte Versammlung im „Dionysischen Hof“ statt, in der nach zum Teil heftiger Diskussion die Abmachungen mit großer Majorität angenommen wurden. Wenn auch die diesmaligen Erfolge im Verhältnis zu denen vor acht Jahren nicht so hoch sind, so ist zu berücksichtigen, daß die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in der Nürnberger Portefeuller-Industrie gegenüber den anderen Gewerben an Orte in vielen Punkten sind und daß die 60stündige Arbeitszeit noch vorherrschend ist. Dazu kommt der einigmaßen erwähnte schlechte Geschäftszugang. Daß überhaupt noch etwas zu erzielen möglich war, ist den guten Organisationsverhältnissen der Arbeiterschaft zu verdanken, die bis auf den letzten Mann organisiert ist. Gerade dieser Umstand und die Vergangenheit bietet die beste Gewähr, daß unter dem neuen Tarifvertrag weitere Erfolge erzielt werden. Zu wünschen wäre nur, wenn die Portefeuller im übrigen Deutschland samt und sonders ihren Mann so stellten wie die Nürnberger.

Erfolgreiche Lohnbewegung in Wauken. Die Zustände in der Auto- und Wagenfabrik der Firma A. Kowald in Wauken haben uns schon oftmals Veranlassung, an dieser Stelle berechtigter Kritik zu üben. Neben den Schikanen des Werksleiters Herrmann waren es die 60stündige Arbeitszeit und der minimale Lohn von 30 bis 40 Pf. pro Stunde, die den älteren Kollegen ein längeres Verweilen im Betriebe verzeihen. Doch endlich riß der Gesundheitsfaden. Am 1. Mai wurden der Firma Forderungen überreicht. Nachdem die ersten Verhandlungen resultatlos verliefen, kündigten alle 22 dort beschäftigten Sattler und vier Tapezierer ihre Arbeitsstelle zum 21. Mai auf. Dieses Vorgehen genigte, um eine Arbeitszeitverlängerung von 2 1/2 Stunden und eine Lohnerhöhung von vier Pfennig pro Stunde für alle Arbeiter zu erzielen. Wer den bisher festgesetzten Mindestlohn für Angeleierte von 30 Pf. noch bezog, bekommt 8 Pf. pro Stunde mehr. Am 1. Januar 1914 steigten diese Löhne auf 40 Pf. und am 1. Januar 1915 um noch 1 Pfennig. Gelernte Sattler erhalten 45, selbständige Sattler 50 Pf. Mindestlohn und an den festgesetzten Daten je 1 Pf. Zulage. Die Arbeitsvermittlung geschieht durch den Verbandsnachweis. Eine ständige Lohnkommission wurde anerkannt. Dieser beachtenswerte Erfolg konnte nur erzielt werden, weil ausnahmslos alle Kollegen organisiert sind.

Der Arbeitervertreter bei der Firma G. Weisig in Regau dauert nunmehr schon die fünfte Woche, ohne daß an eine Beendigung desselben zu denken ist. Hier handelt es sich um die Befreiung der 63stündigen Arbeitszeit und Erhöhung des Entlohnungslohnes von 25 oder 28 Pf., den bislang noch

Familienwörter bezogen. Die Firma wollte schließlich 60 Stunden die Woche arbeiten lassen, wenn sie den Lohn für drei Stunden kürzen dürfte. Im Gegenfall hierzu in die Firma nicht künften, wenn es gilt, den Arbeitern Abzüge für Beschädigung am Werkzeug usw. zu machen und jede Lohnaufbesserung mit Verzicht auf die Mündigkeitsfrist einfallen möchte. Alle angebotenen Verhandlungen scheiterten an dem Starrsinn des Unternehmers, weswegen der Betrieb für anständig und gerecht denkende Sattler gesperrt bleibt.

**Aus unserem Beruf.**

**Offen (Mubr).** Wegen 1 Mf. Strafe hat sich ein Sattlerlehrling einer hiesigen größeren Firma erhängt. Bei dem Entleihen wurde ein geladener Revolver sowie ein Schreiben an seine Eltern vorgefunden, worin er sein Vorhaben niedergeschrieben hatte. Der Lehrling buldigte meist dem Kinobesuch sowie der Schindlertour, trotzdem die dort beschäftigten Kollegen es haben an nichts fehlen lassen, denselben auf bessere Wege zu bringen.

**Korrespondenzen.**

**Niederösterreich.** (E. 30. 5.) Eine antebefugte Versammlung tagte am 25. Mai in der „Sächsischen Schweiz“ in Oberösterreich, in welcher Gauleiter Fusch-Weipitz über „Die deutschen Arbeitgeberorganisationen“ referierte. Referent schilderte eingehend die Entstehung der Arbeitgeberorganisationen und Arbeitgeberverbände. Beide Verbände schlossen sich zusammen, um dadurch den Arbeitgeberorganisationen mehr entgegenzutreten zu können. Unser Gauleiter hob den großen Wert der Tarifverträge für Arbeitnehmer sowie auch für Arbeitgeber hervor. Auch die Regierung ist bestrebt, auf die Tarifverträge einzuwirken, um großen Stimpfen vorzuziehen. Weiter beachtete Referent Busch das in Amerika eingeführte Lohnsystem mit seinem Vor- und Nachteil, welches vom volkswirtschaftlichen Standpunkt aus zu verwerfen ist. Referent ermahnte uns zu engem Zusammenhalt und regelmäßigen Besuch der veranstalteten Versammlungen. Die anwesenden Kollegen spendeten dem Referenten für den einstündigen Vortrag großen Beifall.

Bei der sich nötig machenden Wahl eines Vorsitzenden wurde Kollege Kothke gewählt. Mit dem Amt eines Revisors wurde Kollege Wödel betraut. Der Kartelldelegierte gab seinen Bericht und es entspann sich über den Punkt Volksfürsorge eine lebhafte Debatte. Busch rät uns, dieser Volksfürsorge beizutreten. Unter Punkt Verschiedenes wurden noch große Mißstände der Werkstatte besprochen und von den Kollegen angeregt, bessere Lohnverhältnisse zu erreichen, die der jetzigen teuren Lebensweise entsprechen.

**Breslau.** (E. 1. 6.) Gauleiter Kollege Bartisch-Weritz sprach in unserer Mitgliedsversammlung am 24. Mai über: „Unser Tarifwesen und unsere Lohnkämpfe in der Gegenwart“. Redner hob hervor, daß der Abschluß von Tarifverträgen jetzt nicht mehr soviel Schwierigkeit mache als in früheren Jahren, zu Anfang der Tarifbewegung. Der Tarifadante findet nun auch immer mehr Anhänger in den Kreisen der Arbeitgeber sowie auch in der Arbeiterwelt. Sie alle sehen in Tarifverträgen Friedensdokumente. Daraus erklärt sich auch die gewaltige Entwicklung des Tarifwesens in letzter Zeit. Redner erläuterte in längeren Ausführungen den Zweck und den Nutzen der Tarifverträge. Speziell auf unsere Gewerkschaft übergehend, wurde betont, daß wir uns, prozentual gerechnet, mit jeder anderen Gewerkschaft messen könnten, denn zwei Drittel aller unserer Mitglieder arbeiten unter tariflichen Bestimmungen. Besonders sei es der Weiten des Reiches, der in dieser Beziehung sehr günstig dasthe, wo es hingegen im ganzen Osten außerordentlich schwer ist, einen Tarif zum Abschluß zu bringen. Einige Anzeichen lassen erkennen, daß es auch hier mit der Zeit besser werden wird, denn es sei gelungen, in letzter Zeit in Bahnan und jetzt in Waagen nach schwerem Kampf einen modernen Tarifvertrag durchzubringen. Die Breslauer Kollegen sollten sich ein Beispiel daran nehmen und sollten auch ihrerseits trachten, geregelte Verhältnisse in ihre Werkstätten zu bringen. Dieser Vortrag wurde von den zahlreich erschienenen Kollegen mit Beifall aufgenommen.

Zu dem Streik in der Kofferfabrik von Krause wurde berichtet, daß wohl jetzt die Zeit zu Verhandlungen gekommen sei. Der Mangel an Arbeit, über den Herr Krause anfangs klagte, und der ihn auch unseren Wünschen nicht zugänglich machen konnte, scheint vorüber zu sein, denn er sucht jetzt Sattler und Arbeitsburden. Doch ist es bis jetzt gelungen, sämtliche Arbeitswilligen von diesem Betriebe fernzuhalten. Kritisiert wurde das Verhalten des dortigen Meisters, der auch Verbandsmitglied ist. Da der Betrieb so gut wie still steht, hat er natürlich auch

nichts vorzuzurichten, und so macht er die nötigen Vorkommnisse und lernt im Auftrage der Firma Arbeitsburden auf die billigen Artikel an.

Im „Berichtenden“ wurde auf die am 14. Juni stattfindende außerordentliche Generalversammlung der Crisstrankenkasse aufmerksam gemacht. Es ist Pflicht der Kollegen, sich daran zu beteiligen.

**Aus Industrie und Handel.**

**Aus dem Handelskammerbericht für Sachsen.** Aus Dresden und Freiberg wird über den Geschäftsgang in feinen Lederwaren im allgemeinen Günstiges berichtet. Während in Freiberg sogar eine wesentliche Erhöhung des Umsatzes erreicht wurde, trat in Dresden wenigstens der befürchtete Rückschlag nach dem fünfzig verlaufenen Jahre der Hygieneausstellung nicht ein. Lediglich gegen Ende des Jahres war ein Abflauen, verursacht durch die politischen Ereignisse, zu bemerken. Die Preise der Rohstoffe gingen in die Höhe, auch die sonstigen Unkosten erhöhten sich. Die Ausfuhr, die sich nach Südamerika lebte, ließ nach den Vereinigten Staaten, vermutlich als Folge der dortigen Wahlkämpfe, sowie nach Rußland wegen der ungünstigen Zollverhältnisse zu wünschen übrig. Die Zahlungs- und Kreditverhältnisse befriedigten im allgemeinen.

**In den Münchener Waggonfabriken** wurde, laut Handelskammerbericht, im ersten Halbjahr 1912 mit vermindelter Arbeitszeit und verringertem Arbeiterzahl gearbeitet. Erst im Juni konnte für diesen Stamm von Arbeitern die volle Arbeitszeit wieder eingeführt werden. Da auch weiterhin reichlich Aufträge einliefen, konnten wiederholt neue Arbeiter eingeworben werden, so daß die Branche bei Jahresabschluss voll beschäftigt war. Die Materialpreise stiegen durchgehends erheblich; dagegen konnten die Verkaufspreise in entsprechendem Maße nicht erhöht werden. Sämtlichen Arbeiterkategorien mußten Lohn erhöhungen bewilligt werden. Für das Jahr 1913 ist der Branche ausreichende Beschäftigung gesichert.

**Soziales.**

**Die Lederindustrie-Versicherungsgesellschaft** veröffentlichte ihren Verwaltungsbericht, aus dem mit Klarheit hervorgeht, daß auch sie bestrebt ist, an Renten zu sparen, obgleich die Zahl der Unfälle im Steigen begriffen ist, ebenso die Verwaltungskosten.

Der Umfang der Genossenschaft hat im Berichtsjahre hinsichtlich der Zahl der Betriebe eine Zunahme erfahren. Die Genossenschaft umfaßte nämlich im Jahre 1912 6786 Betriebe, d. h. 260 mehr wie im Vorjahre; die Zahl der versicherten Personen betrug 89.900 oder mehr 3444 = 3,98 Proz., mit insgesamt 103.902.270 Mf. umlagepflichtigen Löhnen, das sind 6.870.046 Mf. oder 6,88 Proz. mehr wie im Jahre 1911. Auf den Kopf des Versicherten entfielen an Löhnen 1156 Mf. gegen 1125 Mf. im Vorjahre, auf den Vollarbeiter 1227 Mf. gegen 1194 Mf. im Vorjahre. Die Lohnsteigerung beträgt somit nur 2,75 bzw. 2,77 Proz., was als ein Ausgleich der verteuerten Lebensmittelpreise durchaus nicht angeprochen werden kann.

Von den bei der Genossenschaft versicherten Betrieben gerieten im Berichtsjahre 33 mit 348 Arbeitern und einer Gesamtlohnsumme von 499.615 Mf. in Konkurs, gegenüber 47 Betrieben mit 530 Arbeitern und 610.366 Mf. Lohnsumme im Jahre 1911.

An Unfällen kamen im ganzen 2260 (gegen 2182 im Vorjahre) zur Anzeige, das sind 25,14 auf 1000 Beschäftigte, gegen 25,24 im Jahre 1911. Erstmals einschlädig wurden 428 Unfälle (gegen 439 im Vorjahr), das sind 4,76 per Tausend der Versicherten, gegen 5,08 per Tausend im Jahre 1911. Hiernach sind die angezeigten Unfälle der Zahl nach etwas gestiegen, im Verhältnis zu den Versicherten etwas zurückgegangen. Im ganzen waren einschlädig der Unfälle aus früheren Jahren im Berichtsjahre 4249 Unfälle zu einschlädig gegen 4288 in 1911.

An Entschädigungen wurden gezahlt 883.711,56 Mf. oder 16,32,49 Mf. gleich 0,17 Proz. weniger als in 1911, während sie im Vorjahre um 1,88 Proz. gestiegen waren. Seit ihrem Bestehen hat die Genossenschaft an Unfallschädigungen rund 11.701.000 Mf. aufgebracht. Der Zuschlag zur Rücklage wurde vom Reichsversicherungsamt auf Grund des § 743 Abs. 3 der Reichsversicherungsordnung auf 106.000 Mf. festgesetzt; nach Abzug der Zinseneinnahme aus der vorhandenen Rücklage verbleiben 30.964,30 Mf. gegen 69.838,62 Mf. im Vorjahr, also weniger 38.873,32 Mf. Zur Tilgung und Verzinsung der als schwebende Schuld behandelten Entschädigungen für 1909 war wiederum ein Betrag von 34.991,29 Mf. aufzubringen.

Die Gesamtumlage ist von 1.127.577,76 Mf. auf 1.087.965,57 Mf., d. h. um 3,51 Proz., der Beitrag

für 1000 Mf. Lohn aber von 11,69 Mf. auf 10,47 Mf., also um 9,66 Proz. zurückgegangen.

Die Verwaltungskosten der Genossenschaft betragen 37.627,23 Mf., im Vorjahre 36.517,85 Mf., also mehr 1109,38 Mf., die der Sektionen betragen 66.863,17 Mf. gegen 63.744,94 Mf. im Vorjahre, also mehr 3118,23 Mf. Erhöhter betragen 3,19 Proz. (im Vorjahre 3,02 Proz.), letztere 5,68 Proz. (im Vorjahre 5,27 Proz.) und die Verwaltungskosten von Genossenschaft und Sektionen zusammen mit 104.490,40 Mf. 8,87 Proz. (im Vorjahre 8,29 Proz.) der Gesamtumlage der Genossenschaft.

**Ueber Gewerbehygiene** enthält der Bericht über das Gesundheitswesen im preussischen Staat nur wenig. In der Tat wird dieses Kapitel ja ausführlicher in den Berichten der Gewerbeinspektoren behandelt. Immerhin werden auch von den Medizinalbeamten einzelne große Dinge berichtet. Vor allem wird über gesundheitswidrige Umstände in Schlächtereien und Wädereien geklagt. In einem besonders schlimmen Fall in Charlottenburg war die nötige Belüftung des Arbeitsraumes nur zu erreichen durch ständige Offenhaltung der Tür eines Klosets, das unmittelbar daran liegt! Im Regierungsbezirk Potsdam wie in manchen anderen Bezirken werden Schlachthäuser manchmal noch zu Hauswäse und Fleischschmelz zum Kochen schmutziger Wäsche benutzt. In einer Molkerei des Regierungsbezirks Stettin wurde die Butter in einem Raum aufbewahrt, der zugleich als Schlafraum für einen Angestellten diente. In mehreren Kaufkreisen des Regierungsbezirks Merseburg wurde bei einer neu untersuchten Anzahl von Wädereien die gleichzeitige Benutzung der Wädhüte als Wohnzimmer oder Küche festgestellt.

In Schneidereien und Wädereien, die junge Mädchen beschäftigen, findet vielfach eine übermäßige Ausnutzung der Arbeitsräume statt. Im Regierungsbezirk Csanabrad waren in einigen Schuhmachereien und Damenschneidereien die gesundheitlich sehr ungünstig liegenden Arbeitsstuben derartig überfüllt, daß sie geräumt werden mußten. In einer Weberei in Stendal mußten die jungen Mädchen dicht gedrängt in zwei Zimmern in je drei Reihen mit dicht nebeneinandergestellten Maschinen sitzen, von denen je zwei durch eine Petroleumlampe beleuchtet wurden. Lüftungsvorrichtungen fehlten.

Die untersuchten Unfälle waren 1911 zahlreicher als im Jahre zuvor. In den gewerblichen Anlagen einschließlich des Bergbaues betrug ihre Zahl 26.950 (1910 nur 25.736). Im Bergbau kamen 1417 tödliche Unfälle vor (1910 nur 1354), davon 1176 in Steintohlengruben, 98 im Braunkohlenbetriebe, 70 im Erzbergbau und 78 im Abbau anderer Mineralien.

Von besonderer Wichtigkeit sind die Gesundheitsbeschädigungen der Arbeiter durch den Gewerbebetrieb. Im Kreise Kattowitz wurden in zwei Zinhhütten und einem Zinkhüttenwerk die Arbeiter auf Bleierkankungen untersucht. 64 Proz. der Untersuchten hatten den sogenannten Bleisaum, Gesundheitsgefährlichkeit wirkt der Staub in den Zementfabriken. Kamenlich werden die Atmungsorgane angegriffen. Der Zementstaub soll sich nach den Aussagen der Arbeiter schwer auf die Lungen legen und asthmatische Beschwerden verursachen. Allerdings sind schwere Schädigungen der Atmungsorgane nicht beobachtet worden, was aber wohl nur daran liegt, daß die Arbeiter es nicht lange in den Zementfabriken aushalten. Im holländischen Bezirk leiden die Steinbauer vielfach an Tuberkulose. Bei der Fabrikation elektrischer Glühlampen kam es in Berlin in einem Fall, aus Anlaß der Bedienung von Quecksilberluftpumpen, zu einer Quecksilbervergiftung. Im Kreise Oppeln erkrankten in einer Thonwaeschladefabrik innerhalb kurzer Zeit 6 Arbeiter an Lungenemphysem, wovon drei von ihnen starben. Stark scheint die Tuberkulose unter den Zigarrenarbeitern zu wüten, besonders unter den weiblichen. So im Kreise Angermünde, im Stolberger Bezirk, im Regierungsbezirk Erfurt u. a. Im Kreise Heiligenstadt wurden 263 Heimarbeitersstätten für Zigarren untersucht. Nur 39 mal diente der Arbeitsraum lediglich der Fabrikation. Am häufigsten wurde der Tabak in der Wohnstube, nicht selten sogar in der Küche oder in der Schlafstube und in Zimmern, wo Kranke lagen, verarbeitet; selbst hustende Lungenkranke arbeiteten oft in solchen Tabakbetrieben. Eine hohe Sterblichkeit an Tuberkulose wurde auch bei den Schuhmachern in Meusdorf (Oberschlesien) festgestellt. Der Kreisarzt führt sie zurück auf die überlange Arbeitszeit (bis zu 17 Stunden täglich) bei einem Verdienst von 11 bis 15 Pf. pro Stunde, und die infolge dessen sehr dürftige Ernährung und Bekleidung. Die Kinder leiden häufig an Magerkeit und Stomatitis. Eine sehr hohe Sterblichkeit grassiert auch unter den Textilarbeitern im Kreise Montjoie. Sie wird nicht direkt auf die Arbeit, sondern auf ungenügende und unzureichende Ernährung zurückgeführt.

Rundschau.

Der Reichstag ist wieder einmal eine Woche beisammen gewesen, um dann sofort wieder für eine Woche in die Ferien zu gehen. Anlaß zu diesen Feiertagen für das Plenum hat das Vorgehen gegeben, der Budgetkommission Zeit zu lassen, sich über die Steuern zu einigen, die durch die neue Heeresvorlage erforderlich wurden; eine einmalige Abgabe von 1000 Millionen und dauernde Mehrbelastung von 250 Millionen pro Jahr. Wir haben darüber schon berichtet und können uns deshalb heute darauf beschränken, einige Angaben zu machen. Die Regierung wollte den einmaligen Heeresbeitrag zwar von den „Wohlhabenden“ erheben, aber schließlich so, daß 20 000 M. „Vermögen“ schon für Wohlhabenheit sprechen sollten. 20 000 M. bringen im Jahre zirka 800 M. Zinsen ein. Davon können Leute, die ein weiteres Einkommen nicht haben, gewiß nur sehr, sehr kümmerlich leben. Sie aber sollten den Mehrbeitrag zahlen. Dagegen sollte das Jahreseinkommen eines „Vermögenslosen“ frei bleiben, wenn es 50 000 M. nicht übersteigt. Gegen eine solche unfinnige Gesetzesmacherei ist allgemein protestiert worden. Die Sozialdemokraten haben beantragt, die Abgaben wie folgt zu fixieren:

Table with 2 columns: Income range (e.g., 80 000 - 100 000) and Percentage (e.g., 0,1 Prozent).

b) den Satz 2 wie folgt zu fassen: Bei den in §§ 11, 11a und 12 genannten Beitragspflichtigen, die ein Einkommen von mindestens 10 000 M. haben, muß der Beitrag ohne Rücksicht auf Vorhandensein und Höhe des Vermögens mindestens betragen bei Einkommen von:

Table with 2 columns: Income range (e.g., 10 000 - 50 000) and Percentage (e.g., 2,0 Prozent).

c) als besonderen Abzug einzufügen: Personen mit Vermögen bis zu 50 000 M., deren Jahreseinkommen 3000 M. nicht übersteigt, sind vom Mehrbeitrag befreit.

Andere Parteien haben gleichfalls Abänderungsanträge gestellt bezw. in Aussicht gestellt. Darüber hat also die Budgetkommission zu beraten. -- Im Plenum wurde das Staatszugehörigkeitsgesetz von der Mehrheit angenommen. Das Gesetz, das eine löbliche Tendenz aller Parteien die Annahme hätte ermöglichen sollen, ist wieder mit so vielen Schikanen ausgestaltet worden, daß die sozialdemokratische Partei es ablehnen mußte. -- Den Schluß der Beratung der einmündigen Tagung bildete die Verschärfung des für Eishah-Rothringen geplant gewesenen neuen Ausnahmegesetzes. Die Sozialdemokratie brachte durch eine Interpellation diese böse Sache vor das Forum der Öffentlichkeit und erreichte damit, daß das Monstrum schon abgestochen wurde, bevor es der Bundesrat aus der Taufe gehoben hätte. Der Reichsanwalt hielt zur Verteidigung des Wurns eine Rede, die allgemein als Leichenrede verstanden worden ist. -- Am 9. Juni tritt der Reichstag erneut zusammen; am 10. d. M. beginnt die zweite Lesung der Wehrevorlage.

Gewerbegerichtswahl in Frankfurt a. M. Bei der am Dienstag vorgenommenen Wahl der Weisiger zum Gewerbegericht in Frankfurt a. M. errang die Arbeitnehmerliste des Gewerkschaftsartells einen großen Erfolg. Auf sie entfielen 13 327 Stimmen, auf die vom Christlichen Gewerkschaftsartell eingereichte Liste nur 1067 Stimmen. Von den 33 Weisigern erhält die Liste des freien Gewerkschaftsartells 31 und die der Christlichen 2. -- Gegen 1911 gewann die Liste des Kartells der freien Gewerkschaften 2700 Stimmen und einen Weisiger, die Christlichen behaupteten ihre Stimmengahl, verloren aber einen Sitz.

Arbeiter-Turnerbund Deutschlands. Der deutsche Arbeiter-Turnerbund hielt in den Tagen vom 25. bis 29. Mai d. J. in Mannheim seinen 11. Bundes-tunertag ab. Nach dem uns vorliegenden Material hat sich diese Tagung mit recht wichtigen Angelegenheiten beschäftigt, die nicht nur die Turner, sondern die gesamte Arbeiterchaft interessieren.

Es ist bekannt, daß der Arbeiter-Turnerbund beizwehrt ist, alle der Gesundheit der Arbeiter dienenden sportlichen Übungen in seiner Organisation

aufzunehmen, gleichen Bestrebungen dienende Teil-organisations an sich zu gliedern und so eine große zentralisierte Arbeitersportorganisation zu schaffen. Diesen Bestrebungen sind in der Tagesordnung des Bundestages allein 3 Punkte gewidmet und zwar:

- 1. Die turnerischen Aufgaben des Bundes; 2. Spiel und Sport; 3. Arbeitersport und Presse.

Ein Geschäftsbericht von über 200 Seiten gibt uns Aufschluß über die Tätigkeit der Bundesverwaltung und den Stand des Bundes und wir wollen offen bekennen, daß der Arbeiter-Turnerbund mit seinen 185 000 Mitgliedern in beinahe 2500 Vereinen sich in der Zeit seines 20jährigen Bestehens eine Position geschaffen hat, die von Fleiß und Ausdauer, aber auch von harten Kämpfen Zeugnis ablegt.

Wenn da berichtet wird, daß in beinahe 300 Rechtsfäden die Bundesverwaltung die Vereine gegen behördliche Maßnahmen und strapalose Bekämpfung zu verteidigen hatte, so erkennen wir daraus, welche Bedeutung die gesellschaftliche Organisation der Arbeiter schon gewonnen hat. Der Bundesvorstand berichtet, daß das letzte Berichtsjahr einzig in den Annalen des Bundes als Kampfsjahr stehen wird, denn schlimmer als unter dem Sozialistengesetz die Arbeiter würden jetzt die Arbeiter-Turnervereine verfolgt. Ein solcher Kampf muß den Turnern unbedingt die Sympathien der gesamten Arbeiterchaft einbringen, zumal diese Verfolgungen nur darauf zurückzuführen sind, weil sich die Arbeiter-Turnervereine die körperliche Erziehung der Arbeiterkinder angelegen sein lassen.

Deshalb ist nach unserer Auffassung der Vorwurf auch berechtigt, der gegen diejenigen Arbeiter erhoben wird, die immer noch Mitglied der bürgerlichen Turnervereine sind und damit den Jungdeutschenbund, diese preussische Zwangserziehungsanstalt für Indianer- und Schundliteraturromantik, unterstützen.

Der Bundesvorstand berichtet aber auch über den in recht kurzer Zeit und erfreulicherweise recht glücklichen Verlauf des Baues eines eigenen Heimes. Ein eigenes Geschäftshaus mit vier davor gelagerten Wohnhäusern nennt der Bund jetzt sein eigen, aus eigener Kraft geschaffen und vollendet.

Solche Berichte hört man gern, zumal man weiß, daß es heute bei den ungünstigen Kapitalverhältnissen kein leichtes ist, ein so großes Projekt durchzuführen. Man kann die Bundesverwaltung zu ihrem Erfolg nur beglückwünschen und auch die Hoffnung aussprechen, daß dieses genossenschaftliche Unternehmen bleibenden Stand haben wird.

Als Hilfsmittel für dieses Unternehmen hatte der Arbeiter-Turnerbund eine sogenannte Sparkasse für seine Bundesvereine eingerichtet, die nach den Berichten auch gute Erfolge erzielt hat. In gewissem Sinne ein Fingerzeig, wie nützbringend kleine Kapitalien, im größeren Verband zusammengefaßt, wirken können.

Schaunmachung des Zentralvorstandes.

Der Beitrag der Ortsverwaltung nach dem Betrag ab 1. Juli 60 Pf. pro Woche. Die graue Karte vom 31. Mai ist umabend einzuliefern.

Der Vorstand.

Adressenänderungen.

- Halle. B. Otto Bopel, Sophienstr. 29 III.
Eildesheim. K. Georg Weidlich, Ebdelenstraße 31 II, bei Müng. K. U. beim Maschierwerk Weidlich.
Magdeburg. K. Otto Nonnenberg, Magdeburg-Rudau, Coquitt. 17.
Niederrieslema. H. F. Kothke, Weinstr. 60, S.

Verfallungskalender.

- Baaben. Sonntag, den 14. Juni, abends 8 1/2 Uhr, „Stadt Zittau“.
Bonn. Samstag, den 14. Juni, abends 8 1/2 Uhr, Admiträge 52.
Brandenburg. Mittwoch, den 11. Juni, abends 8 1/2 Uhr, „Volkshaus“.
Bremerhaven. Sonnabend, den 14. Juni, abends 8 1/2 Uhr, Langestraße.
Dresden. Dienstag, den 10. Juni, abends 8 1/2 Uhr, „Volkshaus“, Al. Saal.
Erfurt. Dienstag, den 10. Juni, abends 8 1/2 Uhr, Johannesstraße 16.
Freiberg i. S. Sonnabend, den 14. Juni, abends 8 Uhr, im Restaurant Mitterhof; Wichtige Versammlung, Ref. Gauleiter Busch.
Geffentirchen. Samstag, den 14. Juni, abends 8 1/2 Uhr, Ede. Kirch- und Ringstraße.
Görlitz. Sonnabend, den 14. Juni, abends 8 1/2 Uhr, „Goldenes Kreuz“.
Hagen i. W. Samstag, den 14. Juni, abends 8 1/2 Uhr, „Zum Markner“.
Hannau. Donnerstag, den 12. Juni, abends 8 1/2 Uhr, bei Wimmel.
Kiel. Dienstag, den 10. Juni, abends 8 1/2 Uhr, „Gewerkschaftshaus“.
Mannheim. Samstag, den 14. Juni, abends 8 1/2 Uhr, „Restaurant zur Bergstraße“.
Wülheim-Nabr. Samstag, den 14. Juni, abends 9 Uhr, Hollenberg, Dickswald.
Wünstern. Samstag, den 14. Juni, abends 8 Uhr, „Lampgarten“.
Münster. Montag, den 9. Juni, abends 8 1/2 Uhr, „Gewerkschaftshaus“.
Ober-Kulmbach. Freitag, den 13. Juni, abends 8 Uhr, Verhofs Restaurant.
Rerband. Sonnabend, den 14. Juni, abends 8 Uhr, „Sopfenblüte“.
Wismar. Sonnabend, den 14. Juni, abends 8 1/2 Uhr, „Arbeiterheim“.
Zeitz. Sonnabend, den 14. Juni, abends 8 1/2 Uhr, Robert Trauer, Schillerstr. 12.

Anzeigen

Zentral-Frankenkasse der Sattler, Portefeuller u. Ferngenossen Deutschlands, G. J. 64 in Berlin.

Barmen-Elberfeld. Gemeinsame Versammlung in Unterbarmen bei Vegesich am 14. Juni 1913, abends 7 1/2 Uhr. Tages-Ordnung: 1. Bericht unseres Delegierten von der Generalversammlung der Sattler und Portefeullerkrankentasse. 2. Verschiedenes.

Sattler. Iwische auf Wagen, insbesondere auf Autos und Karosserien gearbeitet haben, werden zu tariflichen Löhnen sofort gesucht. Meldungen an den Arbeitsnachweis der Sattler, Görlitz, Bahnhofsstr. 15.

Von einer Lederverwarenfabrik in Westfalen wird je ein durchaus erfahrener und zuverlässiger

Vorarbeiter für Samaliden und Schulranzen gesucht. Offerten unter Angabe der bisherigen Tätigkeit und Gehaltsansprüche unter N. N. 6455 an Rudolf Woffe, Köln, erbeten.

Verwaltungsstelle Berlin. Jugend-Abteilung. Sonntag, den 15. Juni 1913. Partie nach Grunewald-Wannsee (Freibad) mit anschließender Motorbootfahrt nach Potsdam. Treffpunkt früh 7 Uhr Alexanderplatz, Berolina. Kosten der Partie zirka 1,30 M.

Sonnabend, den 28. Juni, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engeliner 15: Versammlung mit sehr wichtiger Tagesordnung. In dieser Versammlung gelangen unter anderem die Freibillets zur Monatscheinfahrt zur Ausgabe. Das pünktliche Erscheinen aller Mitglieder der Jugend-Abteilung ist unbedingt notwendig. Der Jugend-Ausschuss.

Sattlergehilfe nicht unter 24 Jahre, der die Fabrikation von Ahrendtschen Stellkammern selbstständig leiten kann, bei hohem Lohn gesucht. Best. Offerten unter 426 an die Expedition dieses Zeitung erbeten. Helmanzzieher stellt Berliner Fabrik ein. Offerten unter Chiffre K. 305 an die Expedition dieses Blattes.